

Salade Niçoise

Frankreich. Die Franzosen wählen zwar einen neuen Präsidenten, doch die wenigsten verbinden damit die Hoffnung, dass dieser die lahrende Wirtschaft ankurbeln kann und die Staatsverschuldung in den Griff bekommt. So mancher schielt daher neidvoll auf das prosperierende Deutschland.

Wer macht das Rennen: der amtierende Präsident Nicolas Sarkozy oder sein Herausforderer, der Sozialist François Hollande? In der zweiten Runde der Präsidentenwahl stellen die Franzosen am 6. Mai wichtige Weichen für ihre Zukunft. Zwar kann Frankreich mit ein paar Pfunden wuchern – etwa der höchsten Geburtenrate Europas, einer Reihe von erfolgreichen Großunternehmen

(Danone, L'Oréal, AXA) und einer exzellenten Verkehrsinfrastruktur –, dennoch gibt es zuhauf wirtschaftliche Probleme, die mehr und mehr der 65 Millionen Einwohner tangieren (Grafik):

Frankreichs Wirtschaft wuchs 2011 nur um 1,7 Prozent, Deutschland kam fast auf das Doppelte.

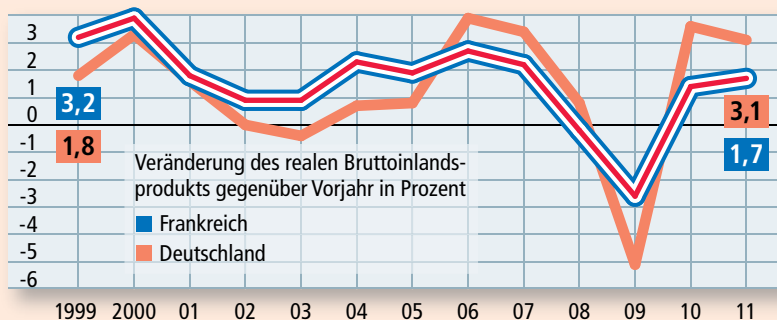
So ist es kein Wunder, dass Deutschland immer wieder als Vor-

bild genannt wird. Im Vorwahlkampf zitierte vor allem Sarkozy die Reformen der rot-grünen Bundesregierung, mit denen die Wachstums- und Beschäftigungschancen nachhaltig gestärkt wurden. Doch lassen sich die beiden größten Wirtschaftsnationen Europas überhaupt über einen Kamm scheren? Ein Vergleich:

- Der Staat spielt im zentralistisch organisierten Frankreich eine weit größere Rolle als im föderalistischen Deutschland. So arbeitet in Frankreich jeder fünfte Beschäftigte – das sind 5,5 Millionen – im öffentlichen Dienst. Deutschland dagegen hat zwar rund 20 Millionen Einwohner mehr als Frankreich, kommt aber mit 5 Millionen Staatsbediensteten aus – das sind weniger als 10 Prozent der Beschäftigten. Diese Unterschiede schlagen sich in wichtigen ökonomischen Kennziffern der beiden Länder nieder (Grafik Seite 2):

Die französischen Staatsausgaben beanspruchten im Jahr 2011 nahezu 56 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), Deutschland reichten knapp 46 Prozent. →

Wirtschaftswachstum: Frankreich lässt nach



Quelle: IWF

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 18

Inhalt

Nordrhein-Westfalen. Einige Regionen boomen, in anderen sieht es fast so aus wie im Osten nach der Wende.
Seite 3

Erdgas. Die EU muss einen großen und wachsenden Teil des Gasbedarfs importieren.
Seite 4

Benzinpreise. Wegen der teuren Kraftstoffe sind verbrauchsärmere Fahrzeuge zunehmend gefragt.
Seite 5

Zeitarbeit. Die Unternehmen, die Zeitarbeiter beschäftigen, sind auf diesen Flexibilitäts-puffer angewiesen.
Seite 6

Erste Fußballbundesliga. Die Vereine erzielen vor allem durch den Verkauf von TV-Rechten hohe Umsätze.
Seite 7

Informationstechnologie. Ein neues IKT-Barometer gibt dem Mittelstand Orientierungshilfen.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

→ Mit der Finanzkrise hat das übrigens wenig zu tun – auch vorher bewegte sich die französische Staatsquote mit rund 52 Prozent des BIP auf konstant hohem Niveau.

Relativ schlecht schneidet Paris auch beim Vergleich der Staatshaushalte ab. Das Defizit summierte sich 2011 auf rund 5 Prozent des BIP und war damit fünfmal so hoch wie das deutsche. Zusammen mit dem schwächeren Wirtschaftswachstum hievte das die öffentliche Verschuldung auf fast 86 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Bundesrepublik dagegen konnte ihren Schuldenstand 2011 erstmals seit der Finanzkrise leicht senken – auf rund 81 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

- Die Wirtschaft Frankreichs zeigt vor allem in der Industrie und beim Export große Schwächen: Von 1999 bis 2008 sank der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von gut 16 Prozent auf knapp 12 Prozent – in Deutschland ist der Industrieanteil fast doppelt so hoch.

Zudem steckt Frankreich vergleichsweise wenig Geld in die Entwicklung von Innovationen: Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung machen seit 1999 ungefähr 2,2 Prozent des BIP aus, während sie in Deutschland von 2,4 auf 2,8 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2010 gestiegen sind.

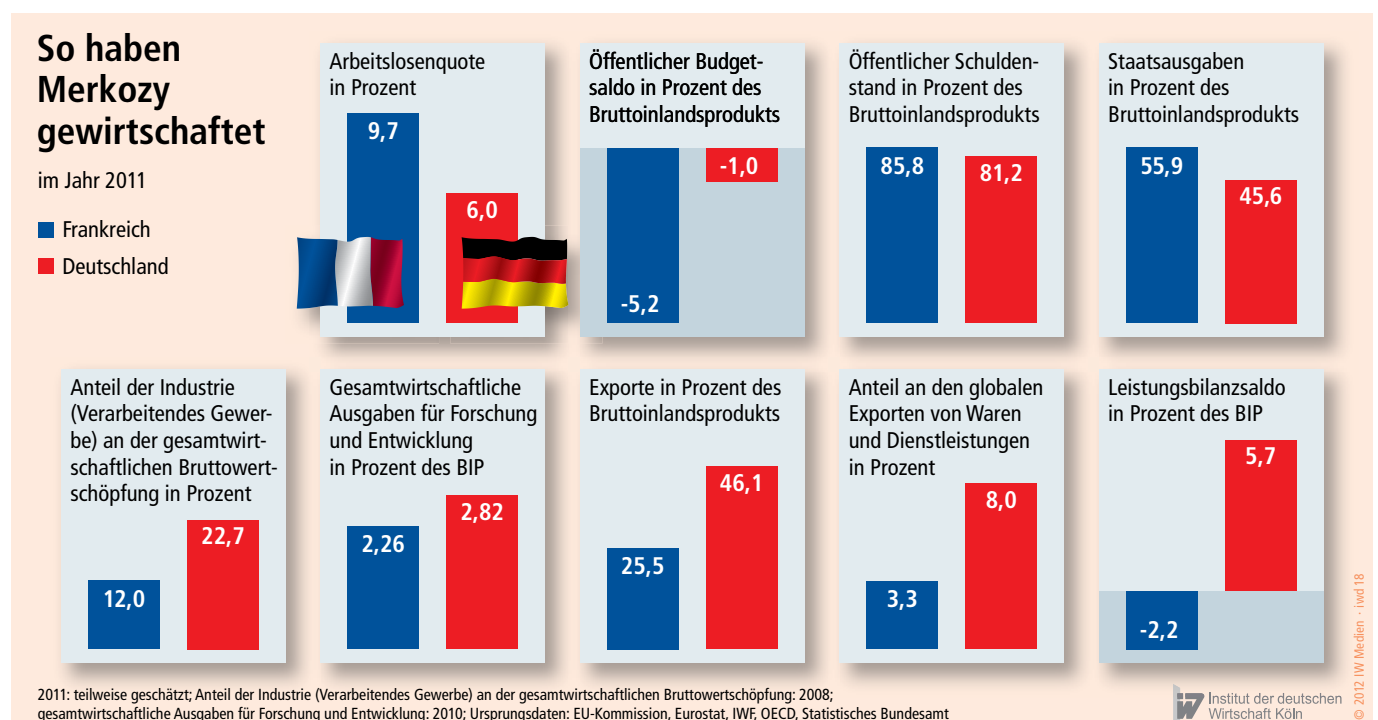
Beide Entwicklungen – die schwächelnde Industrie und die geringen Forschungsaufwendungen – haben das französische Angebot an Waren und Dienstleistungen nicht gerade attraktiver gemacht. So nahmen die realen Exporte in den vergangenen zwölf Jahren nur um durchschnittlich 2,8 Prozent pro Jahr zu – in Deutschland dagegen um 6,7 Prozent. Bei der ohnehin wachsenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt heißt das:

Während die Bundesrepublik ihren Anteil am globalen Export von Waren und Dienstleistungen seit 1999 bei rund 8 Prozent halten konnte, sank der französische Anteil um mehr als ein Drittel auf nur noch 3,3 Prozent.

Zudem führen die Franzosen mehr Waren ein als aus, was 2011 zu einem negativen Leistungsbilanzsaldo in Höhe von 2,2 Prozent des BIP führte; Deutschland verzeichnete dagegen einen positiven Saldo von 5,7 Prozent.

- Der Arbeitsmarkt bleibt von all dem nicht unberührt. Während Deutschland dank seiner Agenda-2010-Reformen Beschäftigungszuwächse erzielen konnte, kletterte in Frankreich die Arbeitslosenquote auf fast 10 Prozent, unter Jugendlichen ist sie sogar mehr als doppelt so hoch.

Patentrezepte, um die französische Malaise zu beheben, hat keiner der beiden Präsidentschaftskandidaten. Ob Sarkozy oder Hollande die Stichwahl gewinnt, ist deshalb vielen Franzosen fast egal, denn Opfer werden sie so oder so bringen müssen. Wahrscheinlich bekommen sie ohnehin eher eine pragmatische Mischung aus den Wahlkampfversprechen von Nicolas und François vorgesetzt, einen *Salade Niçoise*.



Osten tief im Westen

Nordrhein-Westfalen. Während einige Regionen boomen, sieht es in anderen fast aus wie im Osten nach der Wende – allen voran im Ruhrgebiet. Dort bewegen sich die Arbeitslosenzahlen auf Rekordniveau.

Im Ruhrpott will der Strukturwandel einfach nicht gelingen. Dabei begann die Wende eigentlich schon 1962 mit der Eröffnung des Opel-Werks in Bochum. Damals sollten einige Tausend Kumpel, die im Zuge der ersten Kohlekrise entlassen worden waren, neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze bekommen. Nun aber könnte das Werk sogar noch vor der letzten Zeche schließen.

Um den Niedergang der alten Industrien – dazu gehörte neben dem Bergbau die Montanindustrie – abzufedern, wurde ebenfalls 1962 die Ruhr-Uni gegründet, an der heute 30.000 Studenten eingeschrieben sind. Sie sollte die Ansiedlung neuer, innovativer Branchen flankieren.

Eine ähnliche Rolle war den Unis in Dortmund und Duisburg-Essen, der Privatuniversität Witten-Herdecke und einer Reihe von Fachhochschulen zugeordnet. Sie sollten zu wissenschaftlichen Leuchttürmen in der ehemaligen Kohleregion werden, was auch gelungen ist.

Ein richtiges Zukunftsthema als Ersatz für Kohle und Stahl hat das Ruhrgebiet aber bis heute nicht gefunden, zumal man sich von der Kohle noch immer nicht ganz getrennt hat – erst 2018 soll die letzte Zeche dichtmachen.

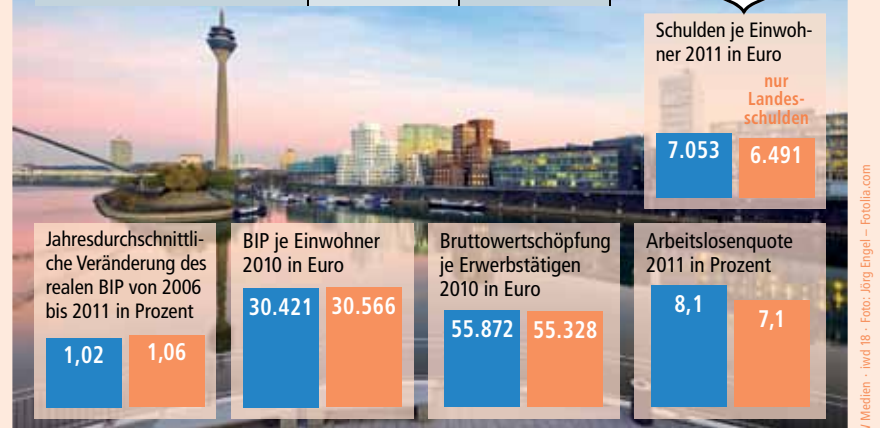
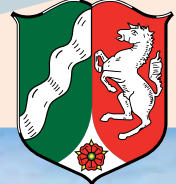
Die Misere des Ruhrgebiets spiegelt sich vor allem in den Arbeitslosenzahlen wider, fast überall sind die

NRW in Zahlen

■ Nordrhein-Westfalen ■ Deutschland

Einwohner 2011 in 1.000	17.837	81.800
Erwerbstätige 2010 in 1.000	8.712	40.483
Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 in Milliarden Euro	543,0	2.498,8

Wahl 2012



Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen, Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw-d 18 - Foto: Jörg Engel - Fotolia.com

Quoten zweistellig. Gelsenkirchen macht mit 14,6 Prozent sogar Vorkommern Konkurrenz.

Anders als das Ruhrgebiet mit seinen circa fünf Millionen Einwohnern schafft es das übrige NRW, sich wirtschaftlich zu behaupten:

- **Das Sauerland** ist Heimat vieler mittelständischer Industriebetriebe wie Falke oder Oventrop. Die Arbeitslosenquote beträgt in dieser Region nur 5 Prozent.
- **Die Rheinschiene von Köln-Bonn bis Düsseldorf** gehört mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 42.000 bis 73.000 Euro je Einwohner zu den Wirtschaftshochburgen in Deutschland. Zahlreiche große Konzerne wie E.on, Metro und Henkel, aber auch Medienunternehmen wie der WDR und RTL prägen das Bild.
- **Die Universitätsstadt Münster** glänzt als Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum. Im Service arbei-

ten 67 Prozent aller Beschäftigten. Daneben gibt es eine stabile mittelständische Struktur aus den Bereichen Kunststoff, Maschinenbau, Textil, Lebensmittel und Landtechnik. Die Münsterländer Wirtschaftsstruktur wird deshalb oft als Tausendfüßler bezeichnet – selbst wenn einige Beine wegbrechen, geben die anderen genug Halt.

Weil das Ruhrgebiet aber als Wirtschaftsmotor ausfällt, ist die wirtschaftliche Dynamik Nordrhein-Westfalens insgesamt leicht unterdurchschnittlich (Grafik).

Die Wachstumsschwäche macht sich inzwischen auch im Länderfinanzausgleich bemerkbar, wo NRW vom Zahler- zum Empfängerland geworden ist. Im Jahr 2011 strich die Landesregierung 224 Millionen Euro ein, trotzdem stieg die Verschuldung bis zum Jahresende 2011 weiter auf 126 Milliarden Euro.

Neue Pipelines in Planung

Erdgas. In ganz Europa ist Erdgas in den vergangenen Jahrzehnten zu einer der wichtigsten Energiequellen geworden. Doch auch wenn sich die EU-Staaten teilweise noch selbst versorgen können – ein großer und wachsender Teil des Gases muss importiert werden, vor allem aus Russland.

Auch in der Europäischen Union wird Erdgas gefördert – die heimische Produktion deckt allerdings nur rund ein Drittel des Verbrauchs. Der Rest wird importiert: Über Pipelines oder verflüssigt in Tankschiffen kamen zuletzt rund 330 Milliarden Kubikmeter Erdgas in die EU-Mitgliedsstaaten. Das meiste Gas beziehen sie aus zwei Ländern (Grafik):

Aus Russland stammten 2010 fast 32 Prozent des importierten Gases, aus Norwegen gut 28 Prozent.

Die Bedeutung der Importe dürfte weiter zunehmen. Einerseits, weil Gas als Energieträger immer bedeutender wird, andererseits, weil die Produktion aus heimischen Quellen langsam sinkt. Eine zusätzliche Möglichkeit, Europa mit Gas zu versorgen, ist der Einkauf von verflüssigtem Erdgas, das über Schiffe nach Europa transportiert wird.

Auch das Gas aus sogenannten unkonventionellen Lagerstätten – zum Beispiel in schwer durchlässigen Gesteinen – wird immer interessanter. Diese Vorkommen sind nur mit viel Mühe und teurer Technik zu fördern. Doch angesichts hoher Marktpreise lohnen sich diese Anstrengungen: In den USA konnte dadurch so viel Erdgas gefördert werden, dass die Preise deutlich gesunken sind und die Vereinigten Staaten inzwischen Erdgas sogar exportieren wollen.

Besonders wichtig für Europa sind aber vor allem die Fördermöglichkeiten von Erdgas in den östlichen Nachbarregionen. Allen voran Russland dürfte als Lieferant noch bedeutender werden, genauso wie weitere Länder im kaspischen Raum und in der Golfregion.

Für den Gastransport sind verschiedene Pipelineprojekte im Bau oder in Planung. Im Norden Europas etwa führt die neue Pipeline Nordstream von Russland durch die Ostsee nach Deutschland.

Wenn die zweite Rohrleitung von Nordstream vollständig verlegt ist, werden bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr transportiert –

rund die Hälfte der Menge, die heute aus Russland oder Norwegen importiert wird.

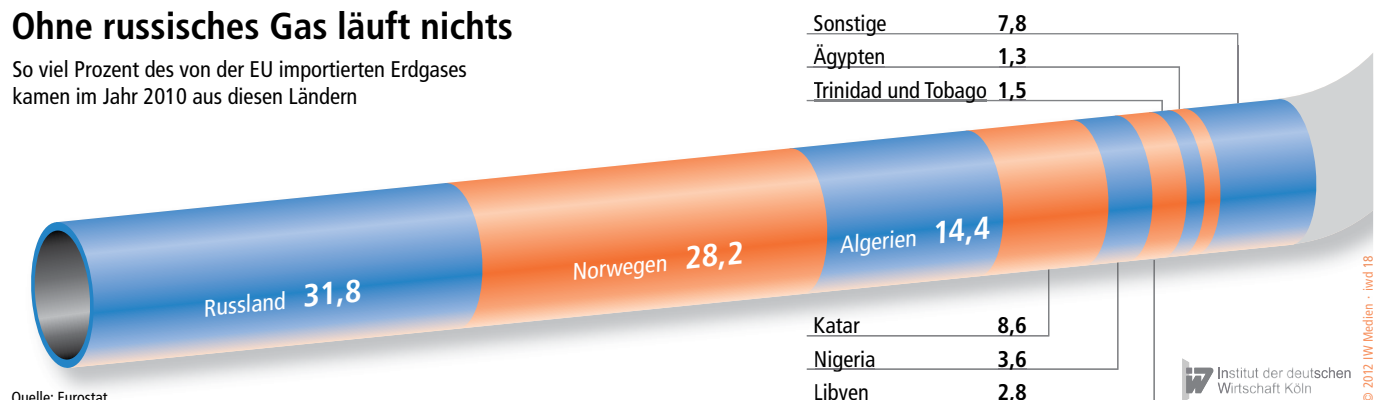
Auch im Süden des Kontinents tut sich etwas: Russland will mit der sogenannten Southstream Gas durchs Schwarze Meer nach Europa transportieren – und damit auch andere Projekte verhindern, die Gas außerhalb russischer Kontrolle in die EU bringen könnten.

Eben das ist aber mit dem südeuropäischen Gaskorridor geplant. Erdgas aus Aserbaidschan soll unabhängig von Russland nach Europa kommen, rund 10 Milliarden Kubikmeter im Jahr.

Es ist allerdings noch unklar, durch welche Länder das Gas künftig hierher strömt. Das entscheidet ein Konsortium, welches die Gasförderung in Aserbaidschan betreibt. Dass eine zusätzliche Leitung unter dem Namen Nabucco gebaut wird, gilt als sicher. Schließlich kann ohne Pipeline kein Gas nach Europa gebracht werden. Für die Verbraucher sind letztlich alle Projekte vorteilhaft – denn je mehr Lieferländer und Transportwege es gibt, desto sicherer ist die Versorgung, selbst wenn irgendwo Pannen auftreten.

Ohne russisches Gas läuft nichts

So viel Prozent des von der EU importierten Erdgases kamen im Jahr 2010 aus diesen Ländern



Quelle: Eurostat

Fahren und sparen

Benzinpreise. Wie in jedem Jahr mussten die Bundesbürger auch 2012 pünktlich zu den Osterferien deutlich mehr für Benzin und Diesel bezahlen. Langfristig kennen die Preise ohnehin nur eine Richtung – nach oben. Die Verbraucher fahren deshalb zwar nicht weniger, entscheiden sich aber zunehmend für verbrauchsärmere Fahrzeuge.

Jetzt sollen die Tankstellen an die Kandare genommen werden – nach den Plänen von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler müssen sie künftig alle Spritpreisänderungen an eine zentrale „Markttransparenzstelle“ melden. Damit will der Wirtschaftsminister mögliche Preisabsprachen der Tankstellenbetreiber aufdecken. Doch ob es solche formellen Absprachen tatsächlich gibt, ist fraglich – und somit dürfen die Autofahrer wohl kaum darauf hoffen, dass der Staat ihnen auf diesem Weg niedrigere Kraftstoffpreise beschaffen wird.

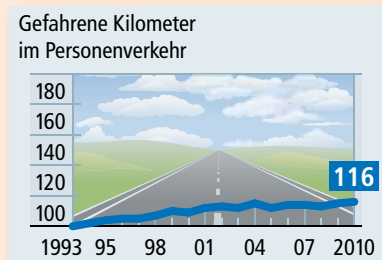
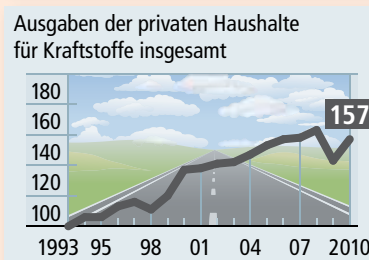
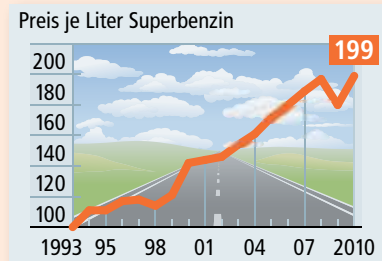
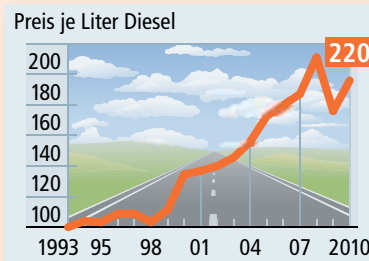
Das wäre ohnehin eine erstaunliche Kehrtwende, denn vor allem in den 1990er Jahren war es gerade der Staat, der durch Steuererhöhungen den Preis für Benzin und Diesel in die Höhe trieb. Zuletzt hat allerdings die Entwicklung auf dem Ölmarkt die Richtung vorgegeben – der Preis für ein Barrel Rohöl hat sich seit 2003 mehr als verdreifacht. All dies schlug sich in den Spritpreisen nieder (Grafik):

Der Preis für einen Liter Diesel stieg im Zeitraum von 1993 bis 2010 um 120 Prozent, Superbenzin verteuerte sich um 99 Prozent.

Die Autofahrer haben diesem Trend keineswegs tatenlos zugesehen.

Autofahrer sparsamer unterwegs

Deutschland, 1993 = 100



2009 und 2010: teilweise vorläufige Zahlen
Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2012 IW Medien - Iwd 18

Wenn die Kraftstoffausgaben der privaten Haushalte seit 1993 „nur“ um 57 Prozent auf zuletzt annähernd 45 Milliarden Euro gestiegen sind, liegt das allerdings nicht daran, dass die Deutschen auf ihre Mobilität verzichtet hätten:

Im Jahr 2010 haben die Bundesbürger im Personenverkehr 619 Milliarden Fahrzeugkilometer zurückgelegt – rund 86 Milliarden mehr als 1993.

Vielmehr sind die privaten Ausgaben für Benzin und Diesel deshalb nicht ins Uferlose gestiegen, weil die Autokäufer verstärkt Wert auf einen geringeren Benzinverbrauch legen bzw. sich häufiger für effizientere Dieselfahrzeuge entscheiden.

Experten zufolge ist auf diesem Gebiet das Ende der Fahnenstange noch längst nicht erreicht. In den kommenden Jahren dürfte sich der Verbrauch der Verbrennungsmotoren weiter deutlich reduzieren las-

sen – um bis zu 20 Prozent. Auch die Hybrid-Technologie wird beim Spritsparen helfen.

Bisher hat der Staat die Bürger dabei nicht unterstützt. Stattdessen hat er mit seiner Politik bei Pkws vor allem auf die Reduzierung des Schadstoffausstoßes und eine höhere Fahrzeugsicherheit abgestellt. Hier gab es durchaus große Erfolge – so wurden die zulässigen Schadstoffemissionen eines Pkws seit der Einführung der Euro-1-Norm im Jahr 1993 um 98 Prozent gesenkt. Und die verschärften Sicherheitsanforderungen haben die Zahl der jährlichen Verkehrstoten seit 1993 um fast zwei Drittel verringert.

Diese Fortschritte waren aber nicht zum Nulltarif zu haben. Denn die immer aufwendigere Fahrzeugtechnik hat wegen des damit verbundenen Gewichts – für sich genommen – den Spritverbrauch der Pkws erhöht.

Atmen mit der Konjunktur

Zeitarbeit. Zahlreiche Politiker und Gewerkschafter möchten die Zeitarbeit gerne an die kurze Leine legen. Die Unternehmen aber, die Zeitarbeiter beschäftigen, sind auf diesen Flexibilitäts-puffer angewiesen.

Die Zeitarbeit ist nach der Wirtschaftskrise recht schnell wieder auf den Wachstumspfad eingeschwenkt. Rund 900.000 Zeitarbeitnehmer zählte der IW-Zeitarbeitsindex im Dezember 2011 – 80.000 mehr als ein Jahr zuvor.

Die Branche könnte sogar noch erheblich mehr Mitarbeiter beschäftigen. Denn im Februar 2012 waren knapp 160.000 Stellen für Zeitarbeitskräfte nicht besetzt. Und fast alle Vakanzen – 95 Prozent – sind sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen.

Nicht jedem allerdings gefällt der Boom der Zeitarbeit:

- **Die Gewerkschaften**, allen voran die IG Metall, wollen die jetzt anstehenden Tarifverhandlungen nutzen, um die Zeitarbeit zurückzudrängen.

So sollen Betriebsräte das Recht bekommen, in ihren Unternehmen bestimmte Grenzen der Zeitarbeit zu definieren.

Die Arbeitgeber halten dem entgegen, dass die Unternehmen den Flexibilitäts-puffer der Zeitarbeit brauchen. Denn die Möglichkeit, kurzfristig Kapazitäten anzupassen, ist das Hauptmotiv für den Einsatz von Zeitarbeit. Das Kostenmotiv, das die Gewerkschaften für dominierend halten, kommt erst an vierter Stelle (Grafik).

Dabei geht der Gewinn an Flexibilität nicht zwingend zulasten der Betroffenen. Denn Zeitarbeitnehmer sind bei ihrer Personalagentur überwiegend unbefristet angestellt. Braucht der Kunde die Aushilfskraft nicht mehr, kümmert sich das Zeitarbeitsunternehmen um sie. Es setzt den Mitarbeiter entweder anderswo ein, oder der Zeitarbeiter wird gegebenenfalls weitergebildet.

- **Die Politik** hat die Tarifpartner der Zeitarbeitsbranche aufgefordert, den Weg zur gleichen Bezahlung von

Zeitarbeitnehmern und Stammbeschäftigten frei zu machen (Equal Pay). Denn Zeitarbeitnehmer bekommen im Schnitt weniger Gehalt als Stammkräfte. Wenn sich die Tarifpartner nicht einigen, will die Regierung ein entsprechendes Gesetz beschließen.

Dass Zeitpersonal weniger Geld verdient als die Stammbeschäftigte, ist indes kein Willkürakt. Zeitarbeitnehmer haben in der Regel weniger Routine und weniger Verantwortung für die Betriebsabläufe – weil sie entweder nur kurze Zeit im Betrieb oder erst in den Beruf eingestiegen sind. So wird nur jeder zehnte Zeitarbeiter länger als ein Jahr im Kundenunternehmen eingesetzt.

Fast jeder fünfte neu eingestellte Zeitarbeitnehmer war zuvor länger als ein Jahr arbeitslos oder überhaupt noch nie beschäftigt.

Zeitarbeitskräfte und Stammbeschäftigten sind auch nicht beliebig austauschbar. Daher ist eine differenzierte Entlohnung durchaus gerechtfertigt und keine Diskriminierung. Erst wenn Zeitarbeitnehmer länger im Kundenunternehmen eingesetzt sind, ebnen sich die Unterschiede ein.

Equal Pay vom ersten Tag an würde die Zeitarbeit erheblich verteuern. Für viele Kundenunternehmen würde sie als Flexibilisierungsinstrument unattraktiv. Sie würden auf alternative Möglichkeiten ausweichen, zum Beispiel bestimmte Arbeiten an spezialisierte Anbieter vergeben, gegebenenfalls auch solche im Ausland. Damit wäre weder dem Standort Deutschland noch den Zeitarbeitnehmern gedient.

Zeitarbeit: Flexibilität hat Vorrang

So viel Prozent der Unternehmen sagen, diese Motive zur Beschäftigung von Zeitarbeitnehmern ... seien für sie „sehr wichtig“ oder „wichtig“



Befragung von 3.814 Unternehmen im Frühjahr 2011
Quellen: IW Consult, Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iw-d 18

Ein rundes Geschäft

Erste Fußballbundesliga. Nach insgesamt 27.540 Spielminuten geht die Bundesligasaison 2011/2012 zu Ende. Mehr als 13 Millionen Fans haben die 306 Spiele verfolgt. Damit ist die Bundesliga in Sachen Zuschauer erneut einsame Spitze in Europa. Grund genug, einen genaueren Blick auf die finanzielle Situation der Vereine zu werfen.

Nur die englische Premier League ist besser als die Erste Bundesliga – zumindest, was den Umsatz angeht. In der Spielzeit 2010/2011 erwirtschafteten Manchester United, FC Chelsea etc. rund 2,7 Milliarden Euro; Dortmund, Bayern München und Co. kamen auf knapp 2 Milliarden Euro. Damit war die vergangene Saison die erfolgreichste aller Zeiten. Und auch die gerade zu Ende gehende Spielzeit dürfte ähnlich viel Geld in die Kassen der Vereine gespült haben.

Mehr als die Hälfte des Umsatzes entfällt auf Fernseh- und Werbeeinnahmen. Auch die neuen TV-Verträge sind lukrativ – statt 412 Millionen Euro pro Spielzeit gibt es von 2013 bis 2017 je 628 Millionen Euro.

Darüber hinaus ist der deutsche Lizenzfußball ein wichtiger Arbeitgeber und Steuerzahler:

Rund 41.000 Beschäftigte zahlten in der Saison 2010/2011 insgesamt fast 719 Millionen Euro an Steuern und Abgaben.

Doch Geld schießt keine Tore – oder doch? Ein Blick auf die Tabelle am Ende der Spielzeit 2009/2010 zeigt einen deutlich positiven Zusammenhang: Die ersten sechs erwirtschafteten zu dieser Zeit einen fast dreimal so hohen Umsatz wie

Erste Fußballbundesliga: Ein Millionenmarkt

Durchschnittswerte der Vereine in Millionen Euro, Platzierung am Ende der Saison 2010/2011

Erlöse	Werbung	Mediale Verwertung (z.B. TV-Rechte)	Spiele (z.B. Eintrittsgelder)	Merchandising	Spielerverkäufe und -entleihungen	Sonstiges (z.B. Mieteinnahmen)	Insgesamt
Platz 1 bis 6	34,5	33,0	25,2	7,0	5,7	10,3	115,6
Platz 7 bis 12	16,4	21,6	21,4	2,2	8,9	15,5	86,1
Platz 13 bis 18	36,2	32,0	21,9	4,0	18,0	9,8	122,0

Aufwendungen	Personal für den Spielbetrieb	Spielbetrieb	Spielerkäufe und -mieten	Personal für Handel und Verwaltung	Sonstiges (z.B. Reisekosten)	Insgesamt
Platz 1 bis 6	51,3	17,3	13,8	6,2	29,2	117,9
Platz 7 bis 12	33,4	16,0	13,8	5,0	18,7	86,9
Platz 13 bis 18	45,5	16,9	16,9	4,3	26,5	110,1

Platz 1 bis 6: Borussia Dortmund, Bayer Leverkusen, FC Bayern München, Hannover 96, FSV Mainz, FC Nürnberg; **Platz 7 bis 12:** FC Kaiserslautern, Hamburger SV, SC Freiburg, FC Köln, 1899 Hoffenheim, VfB Stuttgart; **Platz 13 bis 18:** SV Werder Bremen, FC Schalke, VfL Wolfsburg, Borussia Mönchengladbach, Eintracht Frankfurt, FC St. Pauli; Ursprungsdaten: Deutsche Fußball Liga

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw18

die letzten sechs Vereine. Doch Fußball wäre nicht Fußball, wenn es nicht plötzlich auch ganz anders aussehen könnte: In der folgenden Saison kehrten sich die Verhältnisse um und die letzten sechs waren mit gut 122 Millionen Euro Umsatz die ersten (Tabelle).

Diese Trendwende hat vor allem zwei Gründe. Erstens blieben in der Saison 2010/2011 viele Bundesligisten, die ein Jahr zuvor sportlich und wirtschaftlich recht erfolgreich waren, hinter ihren Erwartungen zurück, so etwa Schalke, Wolfsburg und Bremen. Andere Clubs wie Kaiserslautern, Mainz und Hannover blühten dagegen auf.

Zweitens gehen die hohen Umsätze der sportlich letzten sechs Vereine vor allem auf hohe Transfereinnahmen zurück – die ehemaligen Spitzenclubs haben mit Spielerverkäufen rund dreimal so viel verdient wie die

neuen Tabellenführer. So wechselte etwa der Wolfsburger Edin Dzeko für die Rekordsumme von 37 Millionen Euro zu Manchester City. Auch die Ablösesumme des Nationalspielers Mesut Özil, der von Werder Bremen zu Real Madrid ging, fällt in diese Spielzeit. Oft stehen solchen Transfereinnahmen jedoch Spielerkäufe in ähnlicher Höhe gegenüber.

Und natürlich wollen die Profikicker auch gut bezahlt werden. Spitzenreiter der Liga ist in dieser Kategorie einmal mehr Bayern München:

Der FCB kam in der Saison 2010/2011 auf 156 Millionen Euro Personalkosten, erwirtschaftete aber gleichzeitig einen Umsatz in Höhe von 291 Millionen Euro.

Nicht viel los ist dagegen im Mittelfeld der Ersten Liga: Die Clubs auf den Plätzen sieben bis zwölf hatten die wenigsten Einnahmen und auch die geringsten Ausgaben.

Orientierung im E-Dschungel

Informationstechnologie. Die allermeisten kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland haben mittlerweile eine eigene Website. An manch anderes Thema der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) traut sich der Mittelstand jedoch nicht so recht heran. Ein neues IKT-Barometer gibt Orientierungshilfen.

Auch wenn kleine und mittlere Unternehmen (KMU) längst nicht alle technischen Möglichkeiten in dem Maße nutzen wie große Konzerne – die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sind auch bei ihnen nicht mehr wegzudenken. Die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamts:

Im Jahr 2011 hatten 82 Prozent der Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten und sogar 92 Prozent der Firmen mit 50 bis 249 Mitarbeitern eine eigene Homepage. Bei den noch größeren Unternehmen lag die Quote bei 96 Prozent.

Adressaufkleber

Mittelstand: IT-Sicherheit geht vor

Nach Einschätzung von IT-Dienstleistern ist die Investitionsbereitschaft kleiner und mittlerer Unternehmen in diesen Bereichen ...

... am größten	... am geringsten
IT-Sicherheit	Radiofrequenz-Identifikation (RFID)
Mobile Anwendungen	Soziale Netzwerke/Web 2.0
Eigene Website	E-Business-Standards
E-Commerce/Online-Shops	Green IT (Nutzung spezieller IT-Anwendungen u. a. zur Verbesserung der Energieeffizienz)
Customer-Relationship-Management (systematische, IT-gestützte Dokumentation und Verwaltung der Kundenbeziehungen)	Supplier-Relationship-Management (IT-gestützte strategische Planung und zentrale Steuerung der Beziehungen zu den Lieferanten)

Befragung von 262 IT-Dienstleistern im Jahr 2011; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - iw18

Wesentlich seltener setzten mittelständische Firmen dagegen auf E-Commerce. Nur 19 Prozent der Firmen mit 10 bis 49 Mitarbeitern und 30 Prozent der Betriebe mit 50 bis 249 Köpfen verkauften im vergangenen Jahr ihre Produkte über die Unternehmenswebsite oder über elektronischen Datenaustausch. Von den Unternehmen ab 250 Arbeitnehmern nutzten immerhin 46 Prozent elektronische Absatzkanäle.

Das neue IKT-Barometer des Projekts PROZEUS (Kasten) spiegelt die unterschiedliche Bedeutung der verschiedenen IKT-Themen für kleine und mittlere Betriebe ebenfalls wider (Tableau):

Nach Einschätzung der befragten IT-Dienstleister sind KMU vor allem zu Investitionen in die IT-Sicherheit, in mobile Anwendungen und die eigene Website bereit. Wenig Interesse haben kleine und mittelgroße Firmen dagegen etwa an Aktivitäten im Bereich Social Media (Web 2.0).

Oft kommen neue Technologien in KMU einfach deshalb nicht zum Zuge, weil die Betriebe zu wenig darüber wissen – 78 Prozent der IT-Dienstleister halten die Mittelständler für nicht ausreichend über IKT-Themen informiert. Das kann zu ernsthaften Wettbewerbsnachteilen führen. Allerdings müssen KMU sicherlich nicht jedem neuen Trend folgen – hier gilt es, Kosten und Nutzen sorgsam abzuwägen.

Das IKT-Barometer

Das von der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult betreute Projekt PROZEUS – Prozesse und Standards – wird mit seinem neuen IKT-Barometer künftig in regelmäßigen Abständen neue Trends in diesem Bereich ermitteln und ihre Bedeutung für kleine und mittlere Firmen analysieren. Dabei greift das Barometer auch auf die Einschätzung von IT-Anbietern zurück.

Weitere Informationen: www.prozeus.de

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.